

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 1.00.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugspreis: monatlich 1.10.- M., einjährig 12.00.- M. (unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Rumänien) 20.- M., für das übrige Ausland 22.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kolonisation“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 4. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Remarkezeile kostet 500 M. „kleine Anzeigen“ das fertige Wort 150 M. (unabhängig vom fertigen Wort), jedes weitere Wort 1.- M. Stellengröße und Schließelanzahl des ersten Wortes 1.- M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Frankreich wünscht Englands Allianz.

Nach einer Haager Meldung des „B. L.“ hat der amerikanische Rheinlandkommissar Pierpont B. Hayes in einem Vortrag England und Amerika eindringlich vor dem französischen Militarismus gewarnt, der unausgesetzt auf die Befestigung des Ruhrgebiets ausgehe, um dann die Hand an der Gurgel der gesamteuropäischen Wirtschaft zu halten. Wir erhalten nun folgende Meldung über französische Bestrebungen nach einem Bündnis mit England — o, Wilson, wo sind deine Punkte! —, das freilich vom französischen Zivilstandpunkt aus ganz anderen als Eroberungszwecken dienen soll. Aber man weiß ja, wie die Vertragsbindung trotz allen Friedensabsichten bei der Gründung in der Hand späterer Kriegspolitiker wirken kann.

Paris, 4. Juni. (E.E.) Der tschechische Außenminister Dr. Benesch erklärte einem Londoner Telegramm der „Chicago Tribune“ zufolge, daß eine dauernder Frieden in Europa nur hergestellt werden könne, wenn eine neue Entente zwischen Frankreich und England abgeschlossen würde.

Diese Meldung der „Chicago Tribune“ deckt sich mit Informationen, die Philipp Millet bereits vor einigen Tagen im „Petit Parisien“ veröffentlichte. Danach scheint Dr. Benesch von der französischen Regierung in Aussicht genommen zu sein, in London zu sondieren, wie man sich dort zu einem französisch-englischen Bündnisvertrag stellen würde. Millet spricht auch heute wieder im „Petit Parisien“ über diese Angelegenheit und führt aus, daß man zwischen Frankreich und England nicht nur Abmachungen bezüglich Oberschleßens treffen müßte, sondern ein für allemal die Haltung der beiden Länder in allen Punkten der auswärtigen Politik regeln sollte. Man habe Anlaß zu glauben, daß innerhalb des englischen Kabinetts sich eine Strömung geltend mache, die dieselben Absichten verfolge. Frankreich werde England nicht nur in der Frage der Dominions, sondern namentlich im Orient beistehen. In Asien und in der Levante brauche England die französische Unterstützung. Dafür wünsche aber Frankreich von England auf dem europäischen Festlande unterstützt zu werden. Frankreich suche hier keinerlei Abenteuer. Es habe große Mühseligkeit bewiesen, als es nicht in das Ruhrgebiet eindringt. Allerdings habe Frankreich gewisse Forderungen, namentlich die Aufrechterhaltung der Sanctionen am Rhein, doch das werde sich an dem Tage ändern, an dem Deutschland sich seiner Verpflichtungen gegenüber Frankreich vollkommen entledigt. In diesem Tage werde Frankreich bereit sein, sein Bestes zu tun, um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern. Jede andere Politik würde von der großen Mehrheit des französischen Volkes verurteilt werden.

Aus diesen Ausführungen, die zweifellos offiziös inspiriert sind, erseht man deutlich, daß sich die Politik des Kabinetts Briand gegenwärtig in der Richtung bewegt, einen Bündnisvertrag mit England zu erhalten, damit es den Franzosen sagen könne, die Sicherheit Frankreichs sei durch England gewährleistet und deshalb könne sich auch die französische Politik gegenüber Deutschland anders orientieren. Frankreich würde im Besitz des Allianzvertrages mit England vermutlich in der Lage sein, gewisse Forderungen politischer und militärischer Natur gegen Deutschland stellen zu lassen. Ein prinzipieller Widerstand Deutschlands brauche wohl kaum in Betracht gezogen zu werden, da ja doch Deutschland keinerlei Angriffsabsichten gegenüber irgendeiner Macht hege. Wenn also das Bündnis zwischen Frankreich und England zustande käme, so brauchte nach französischer Auffassung von Deutschland kein Einspruch dagegen erhoben zu werden.

Zu den Schlusssätzen ist zu bemerken, daß Deutschland gegen Bündnisse nur dann Einspruch erheben kann, wenn sie der Völkerbundsakte widersprechen; der Nachweis, daß dies der Fall ist, wird nicht so leicht zu führen sein.

Was aber die Ausführungen Millet über die Sanctionen betrifft, so lassen sie den Schluß zu, daß die militärische Richtung in Frankreich noch immer die Macht hat, diese völkerrechtswidrigen Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Dabei werden sich aber alle einsichtigen Politiker Frankreichs selber sagen müssen, daß es in Frankreichs eigenem Interesse liegt, von sich aus das Rechte zu tun und sich nicht erst von anderer Seite dazu nötigen zu lassen. Wer für die Zukunft ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich wünscht, der muß auch wünschen, daß diese Angelegenheit zwischen Deutschland und Frankreich im Sinne des Rechts geregelt wird. Das bedeutet aber schleunigst Aufhebung der Sanctionen.

Bewertung unserer Handelsflotte.

Paris, 4. Juni. (E.E.) Die Reparationskommission ist mit der Bewertung der von Deutschland abgelieferten Tonnage noch nicht fertig geworden. Die deutschen Vertreter wünschen, daß für die Tonnage der gleiche Preis verlangt werde, wie er zur Zeit des Waffenstillstandes auf dem Weltmarkt bestand, d. h. 400—500 Dollar pro Tonne. Im Rahmenabkommen von Spa „einigte man sich darauf, daß die Bewertung der deutschen Schiffe nach den bei dem Verkauf erzielten Preisen zu erfolgen habe. Diese Preise betragen sich nun zwischen 50 und 60 Dollar pro Tonne. Die Schiffe

„Imperator“ und „Bismarck“ wurden kürzlich von der englischen Regierung für 1½ Millionen Pfund verkauft. Der amerikanischen Regierung wurden für den früheren deutschen Dampfer „Waterland“ 200 000 Dollar angeboten. Eine Streitfrage zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten besteht auch noch bezüglich der Bezahlung der 600 000 Tonnen deutschen Schiffraums, die während des Krieges in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt wurden. Andererseits müßte aber die deutsche Regierung 100 000 Tonnen bezahlen, die Amerika gehörten und während des Krieges von Deutschland verrentet wurden.

Der amerikanische Kongreß hat beschlossen, für die in Nordamerika beschlagnahmten deutschen Schiffe nichts zu zahlen.

Amerikas Friedensschluß.

Washington, 4. Juni. (W.B.) Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für Auswärtige Angelegenheiten beschloß, dem Hause die Resolution Porter zugehen zu lassen, die die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland und Oesterreich vorseht. Diese Resolution soll an die Stelle der Resolution Knox treten. Porter, Vorsitzender des Ausschusses, erklärte, seine Resolution werde dem Repräsentantenhaus in der nächsten Woche zu sofortiger Beratung unterbreitet werden.

Ploß wieder polenfrei.

Kattowitz, 4. Juni. (W.B.) Die Stadt Ploß ist auf direkten Befehl der A. erneut der internationalen Verwaltung unterstellt worden. Die gestern abgezogenen französischen Alpenjäger verlassen wieder ihren Dienst. Die verschleppten Bürger sind zum größten Teil zurückgekehrt.

Auch Abg. Hartmann (Dn.), Chefarzt eines Knappschafslazarets, ist wieder frei.

Der Uebermut der Korsantj-Beute vor Kattowitz veranlaßte sie, einen französischen Transport an der Stadtgrenze anzuhalten. Nach einigen nutzlosen Schreckschüssen stürmte die französische Besatzung die Polenbarrikade. Getroffen und zum Teil sogar getötet wurden natürlich wieder einige Zuschauer.

83 Mann und 4 Offiziere vom Selbstschutz, die auf tschechoslowakisches Gebiet abgedrängt und in Pardubitz interniert worden waren, sind von dort spurlos verschwunden. Zur Verhinderung polnischer Spionage hat die Tschechoslowakei den Fernsprechoerkehr mit Polen (Galizien) unterbrochen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt, daß die Haltung der deutschen Verteidigungsgruppen beunruhigend sei. Im Namen des Generals v. Hoefler habe Herr v. Raiffe erklärt, wenn die gegenwärtige Lage nicht sofort gebessert werde, so könnte General v. Hoefler ein neues Vorrücken seiner Leute nicht verhindern und er habe dann die Verpflichtung, einzudringen.

Auffständische beschossen die Häuser von Kosel aus Maschinengewehren, überschütteten Selbstschutzhäuser und plattes Land mit Munitionsmassen und zerstörten wieder die Drahtleitungen. Die Engländer halten noch immer vor Groß-Strehlitz, in dessen Nähe Korsantjys Kulturbringer ein Schloß angezündet haben.

Lenins Wandlung.

Paris, 4. Juni. (E.E.) Aus Washington wird gemeldet, daß das Staatsdepartement eine Botschaft Lenins erhalten habe, worin dieser mittels, in der Politik der Sowjetregierung seien grundlegende Veränderungen eingetreten. (Mit Vorbehalt wiederzugeben. D. Red. d. „B.“)

Köval, 4. Juni. (W.B.) In seiner Rede am 27. Mai auf dem Volkswirtschafts-Sowjetkongreß erklärte Lenin, Zweck des Kongresses sei die Feststellung dessen, welche Wirkung die neue Wirtschaftspolitik in der Lage hervorgerufen habe. Die Konzeptionen an die Bauern seien nötig gewesen, damit die Großindustrie erstorbe. Die Konzeptionen seien gemacht worden, um den Sozialismus zu erhalten und die Gefahr der Wiederkehr der Kapitalisten und Gutsbesitzer abzumenden. Notwendig sei eine Diktatur für die Lebensmittelversorgung. Mit dem Zentralverbande der Kooperativen sei ein Vertrag geschlossen worden, wonach alle Waren in die Kooperativen geleitet werden. Diese haben für das Proletariat und nicht um ihrer selbst willen zu existieren. Es habe sich erwiesen, daß in getreidereichen Gouvernements die Bauern zweimal so viel verbraucht hätten, als sie durften. Solchen Mißständen muß die Lebensmittel-Diktatur vorbeugen. Ohne Zwangsmittel kann man nicht auskommen.

Südslowische „Grenzmannöver“. An der Grenze von Kärnten finden sogenannte Grenzmannöver der Jugoslawen statt. Man glaubt, daß es sich um eine politische Demonstration der Jugoslawen gegen die Anschlussbewegung handelt, deren volle wirtschaftliche Berechtigung selbst schon von tschechischen bürgerlichen Blättern anerkannt wird.

Staf Oppersdorf, der bekanntlich aus Oberschlesien einen autonomen Kleinstaat machen wollte, ist zurzeit in Paris und hat dort Verhandlungen mit Cambon und mit dem Kabinettschef des Ministerpräsidenten gehabt.

Wer wollte den Januarputsch?

Die ganze Arbeiterbewegung hat ein Lebensinteresse daran, von der Krankheit des Putzschismus geheilt zu werden. Dazu aber ist die Aufklärung der geschichtlichen Tatbestände unentbehrlich. Wir veröffentlichen daher gern die folgende uns zugegangene Erklärung von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim mit dem Bemerken, daß wir selbstverständlich auch der Gegenseite gleiches Recht zu gewähren bereit sind. Wir wollen nichts als die Wahrheit! Red. d. „Vorw.“

Fast die gesamte Arbeiterpresse Deutschlands greift Behauptungen auf, die Dr. Paul Levi nach seinem Ausschluss aus der KPD. der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Levi versucht den Anschein zu erwecken, als ob die Erhebung eines Teiles der Berliner Arbeiterchaft im Januar 1919 gegen die damals bestehende Regierung auf die Politik Karl Liebknechts zurückzuführen sei, während Levi gemeinsam mit Rosa Luxemburg und Leo Jogiches die heftigsten Gegner der Taktik Liebknechts gewesen seien. Er behauptet nach den im „Vorwärts“ veröffentlichten Auszügen das Folgende:

Und, Genosse Meyer, Sie waren, glaube ich, nicht mehr zugegen, aber ich denke, Genosse Bied war bei jener Sitzung in der Puttkamerstraße, als wir mit Karl Liebknechts Haltung in Widerspruch kamen! Sie erinnern sich, wie Karl Liebknecht widerpenstig war, und Sie erinnern sich, wie Leo Jogiches damals es war, der den Vorschlag machte, noch jetzt, während der Aktion, eine scharfe Erklärung in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen, die von Karl Liebknecht ganz deutlich abrückte, die einfach erklären sollte: Karl Liebknecht vertritt den Spartakusbund nicht mehr bei den revolutionären Ableuten. Sie wissen genau, wie ablehnend Rosa Luxemburg dem Verhalten Karls gegenüberstand, und wissen, wie scharf ihre Kritik war...

Und ich glaube, Genosse Bied, Sie werden es auch wissen, daß die Genossin Rosa Luxemburg damals sogar den Gedanken hatte, es könne nicht mehr lange gehen mit Karl Liebknecht zusammen, so scharf lehnte sie sein Verhalten damals ab...

Paul Levi ist vorsichtig. Er beruft sich auf drei Zeugen, die tot sind, und zwei, von denen ihm selbst zweifelhaft erscheint, ob sie dabei waren. Seine Gedächtnisschwäche ist so stark entwickelt, daß er sogar die Puttkamer- mit der Anhaltstraße verwechselt.

Aus einer genauen Kenntnis der damaligen Situation erklären wir:

Nicht nur Rosa Luxemburg, sondern auch Karl Liebknecht war ein Gegner der Januar-Erhebung. Die einfache Feststellung der Tatsache, daß beide für die Beteiligung der Kommunistischen Partei an den Januar-Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung eintraten, beweist, daß sie nicht zur gleichen Zeit einen bewaffneten Aufstand gegen die provisorische Regierung und damit gegen den Zusammentritt der Nationalversammlung vorbereiten konnten. Karl Liebknecht ist grundsätzlich am 9. November bereit gewesen, in die provisorische Regierung einzutreten und hat sich durch den Widerspruch von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches beeinflussen lassen, seine ursprüngliche Zusage zurückzuziehen. Die Januarerhebung, die sich gegen die Amtsenthebung des damaligen Berliner Polizeipräsidenten, des Unabhängigen Eichhorn, richtete, war in ihrer Entstehung nicht eine Sache der Kommunisten, sondern eine Parteilangelegenheit der Unabhängigen, mit denen bis kurze Zeit vorher ohne das Zutun Karl Liebknechts, aber im Einklang mit den Forderungen Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' der Spartakusbund organisatorisch verbunden gewesen war.

Eine bewaffnete Erhebung in jener Situation, gleichgültig aus welchem Anlaß sie entstand, richtete sich in ihrer Wirkung zwangsläufig gegen die bestehende Regierung. Wenn Karl Liebknecht, nachdem er wider seinen Willen in diese Erhebung hineingerissen war, ihr den einzig möglichen konkreten politischen Inhalt zu geben versuchte, so tat er dasselbe, was Rosa Luxemburg und Leo Jogiches auch taten und handelte damit nach dem Grundsatz Lassalles: aussprechen, was ist.

Ob und wie weit taktische Differenzen in der Bewertung der jeweiligen Lagesituation zwischen den drei führenden Persönlichkeiten bestanden, ist für ihre allgemeine politische und theoretische Einstellung völlig belanglos. Man mag die bei ihnen bestehende politische und theoretische Einstellung grundsätzlich ablehnen, wie wir es taten, an der Tatsache, daß Karl Liebknecht, genau wie die anderen, eine zwar falsche, aber klare politische Richtlinie verfolgte, kann für keinen Beurteiler, der nicht persönliche Sonderzwecke verfolgt, der geringste Zweifel bestehen.

Wenn aber feststeht, daß die drei offenen Führer der damaligen KPD. in Berlin Gegner der Januar-Erhebung waren, wer sorgte dann hinter den Kulissen dafür, daß die Berliner Kommunisten zwangsläufig in die U.S.P. - Katastrophe hineingerissen wurden? Und wer hat dann im Einklang mit dieser Taktik dafür gesorgt, daß die Kommunisten in München, wiederum

gegen den Willen und die Einsicht ihrer drücklichen Führer, in die Leitung des von vorn herein zum Zusammenbruch verurteilten Käteexperimentes hineingetrieben wurden? Damals war Karl Liebknecht ebenso tot wie Rosa Luxemburg und Leo Jogiches — der lebende Erbe aber dreier toter Führer war Dr. Paul Levi!

Dr. Paul Levi übernahm die Erbschaft nicht ohne die intimste Kenntnis der nun offen vor ihm zu verfallenden Erbschaftsmasse. Er war es, der unmittelbar vor der Revolution jene verkommenen Gewalthaufen zu schaffen begonnen hatte, die als „Roter Soldatenbund“ nach seinem eigenen späteren Eingeständnis bis zu 60 Proz. von Lockspiegeln durchsetzt waren. Karl Liebknecht sah im Zuchthaus, Rosa Luxemburg im Gefängnis, Leo Jogiches in Schutzhaft, als Paul Levi gegen den einmütigen Willen aller revolutionären Gruppen seinen berüchtigten Aufruf zur Massen desertion an die Front versandte, in welchem den Herren Deserteurern angekündigt wurde, in der Heimat „würde für sie gesorgt“. Nur die Zusammenfassung und Finanzierung seiner Lumpengarde hat das Abgleiten der Revolution in den bewaffneten Kampf der Arbeiter widereinander und die kapitalistische Restauration ermöglicht.

Was bezweckt dieser Mann mit seinen plötzlichen Entdeckungen? Er mittelt das Kommen der „reinsozialistischen Regierung“ — und wünscht dabei zu sein. Es ist nicht unseres Amtes, den parlamentarischen Arbeiterparteien Ratschläge zu erteilen. Langjährige Führer der deutschen Arbeiterbewegung in diesen Parteien werden selber wissen, wie sie einen Menschen vom Schlage des Dr. Paul Levi zu werten haben.

Hamburg, den 3. Juni 1921.

Heinrich Laufenberg. Fritz Wolffheim.

Der Fall Nissen.

Der Hauptredner der Stagerad-Feier, Oberbootsmannsmaat Nissen, ist am gestrigen Tage im Polizeipräsidium vernommen worden. Er bestreitet entschieden, die in dem Versammlungsbericht der „Freiheit“ wiedergegebenen Äußerungen getan zu haben und beruft sich dabei auf das Zeugnis verchiedener Teilnehmer bzw. Mitglieder des Vorstandes der Versammlung. Diese stehen Nissen natürlich reiflos bei. Auf der anderen Seite ist der Lokalberichterstatter der „Freiheit“, Kohler, vernommen worden, der der Feier in der Singakade wie beizuhören und von dem der Bericht im unabhängigen Zentralorgan stand. Kohler versichert demgegenüber, daß er alle von ihm mitgeteilten Äußerungen Nissen und der anderen Redner des Abends nicht nur gehört, sondern auch mitkennographiert habe.

Auf die entlastenden Aussagen der von Nissen angeführten Zeugen, die selbstverständlich lauter Geinnungsgenossen von ihm sind, unter anderem ein Major a. D., geben wir gar nichts. Wir wissen aus Erfahrung, wie die Offiziere der alten Regimes, aus denen der Deutsche Offiziersbund zusammengesetzt ist, zu schwindeln imstande sind, wenn es der „guten Sache“ dienlich sein kann. Eine Krähe haßt bekanntlich der anderen die Augen nicht aus. Auch berührt es eigenartig, daß kein einziges rechtsstehendes Blatt nach dem Erscheinen des Berichtes der „Freiheit“ irgendeine Entgegnung, sei es von Nissen, sei es von einem anderen Veranstalter des Stagerad-Abends veröffentlicht hat, obgleich die betreffenden Herren, wenn sie sich unschuldig fühlten, das größte Interesse und sogar die Pflicht gehabt hätten, von den ungeheuerlichen Ausprüchen, die ihnen angeblich in den Mund gelegt worden sind, sofort und entschieden abzurücken. Auf das Zeugnis sind die Herrschaften offenbar erst gekommen, als die Geschichte hrenzlich zu werden anfing.

Indessen ist, so wie die Dinge liegen, die ganze Angelegenheit vom Polizeipräsidium pflichtgemäß der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Wie wir hören,

Staatstheater.

„Stroh“ von Hans Johst. — „Die Fliege“ von Leonhard Schridel.

Hans Johst, einer unserer jüngeren Autoren, dessen eigenartig bizarres Grabbe-Drama und expressionistisch stilisiertes Werk „Der junge Mensch“ früher über Berliner Bühnen gingen, zeigt sich in diesem neuen Stück von völlig anderer Seite. Seine in drei kurze Szenenbilder gegliederte „Bauernkomödie“ ist ein interessanter Versuch zu aktueller linker Zeitsatire, leuchtet grell und schneidend ins moderne Schiebtertum, wie es uns das moralische „Stahlbad“ des großen Krieges als glorreiche Erbschaft hinterlassen. Er nimmt in seiner Schilderung des Treibens habgierig verlogener Lumperei, das überall in allen Klassen wuchert, speziell die wadere, seit altersher ob ihrer Steuerhosen berufene Landwirtschaft aufs Korn, die in dem Kriege und dann später durch kapitalistische Umgestaltung der Gesele die Not des Volkes rentabel für sich ausmünzt. Die Solidarität spießbürgerlicher Praktiker, die gegen jede sozialistische Kontrolle und Forderung eine geschlossene Phalanx bilden, wird in markanten, bei aller Krähheit im wesentlichen doch nicht übertriebenen Zügen dargestellt.

Im Haus des Müllerbauern wie auch sonst im Dorf herrscht trotz des Krieges eine innere Bergnügtheit, die sich hinter dem üblichen Lamentieren über schwere Zeiten mühsam nur verbirgt. Hauptsache ist, die Summen, die man in sicherem Unterschluß aufgehäuft hat, wachsen unaufhörlich. Das Korn, das abgeliefert werden sollte, liegt wohl geborgen vor dem Auge des Gesehes unter den Strohhäusern der Scheunen. Indes bei Angabe der Ernte hat jeder einzelne so stark gemogelt, daß die Behörde stutzig wurde und Inspektion in Aussicht stellte. Mit erster Amtsmiene macht der Gemeindevorsteher dem Müllerbauern Mitteilung von dem Schreiben. Er solle sich noch einmal überlegen, ob er nicht ein bißchen gar zu wenig angegeben habe und die Zahlen rechtzeitig revidieren wolle. Ein Ansinnen, das ungeheure Enttäuschung weckt. Wie kann man so was von ihm glauben? Und außerdem, warum soll gerade er der Dumme sein, der nun herausrückt? Die andern und der Vorsteher selber hätten es doch genau so gemacht. Mögen die Stadtherrn nur kommen, sie werden nichts entdecken! Des Vorstehers effiziente Scheit schmilzt, so abgeblüht, zu verständnislosig schmunzelndem Wohlwollen. Es wird auch so schon gehen! Man wird doch nicht sein wohlverdientes Eigentum sich mir nichts für nichts aus den Händen minden lassen! Ein Schnaps hilft der Erneuerung gesellschaftlichen Sinnes nach.

Im zweiten Bild sieht man die Bauern des Gemeindevorstandes, wie sie nach der Beratung beim Glase Bier sich über die angelegte Unternehmung lustig machen. In dem Gemälde dieser horrigesetzten

wird von dieser die Hochverratsanfrage erhoben, damit der Tatbestand in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung festgestellt wird. Der Fall Nissen wird demnächst vor das außerordentliche Gericht des Landgerichts I in Berlin kommen, das das Urteil zu fällen haben wird.

Bismarck bleibt verboten!

In der Klagesache des Verlages Cotta gegen den ehemaligen Kaiser Wilhelm wegen Aufhebung seines Einspruches gegen die Herausgabe des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ wurde heute vom 10. Zivilsenat des Kammergerichts die Entscheidung gefällt, nachdem vor kurzem die mündliche Verhandlung vorausgegangen war. Bekanntlich hatte das Landgericht I dem Einspruch des Kaisers gegen die Veröffentlichung des dritten Bandes stattgegeben. Hiergegen hatte der Verlag Cotta als Kläger die Entscheidung des Kammergerichts angerufen.

Das heute vom Senatspräsidenten Dr. Dued verkündete Urteil lautet:

Auf die Berufung der Klägerin (Verlag Cotta) wird das Urteil der 4. Zivilkammer vom 3. Dezember 1920 dahin abgeändert: Es wird verfügt, daß die Klägerin berechtigt ist, die Briefe des Beklagten an den Fürsten Bismarck vom 14. Juli 1889 und die Briefe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des späteren Kaisers Friedrich III., an den Fürsten Bismarck vom 17. August 1881 und vom 28. September 1886 als Bestandteile des Werkes zu veröffentlichen und gewerbsmäßig zu verbreiten. Die weitere Berufung wird zurückgewiesen. Die Kosten werden unter den Parteien gegenseitig aufgewogen. Im übrigen bleibt das Verbot bestehen.

Bei den freigegebenen Briefen handelt es sich um den zweiten Stadmissionsbrief des früheren Kaisers Wilhelm, dann um den Brief des Kaisers Friedrich, mit dem der Band beginnt, und um den Brief des Kaisers Friedrich, der sich mit der Erhebung Badens zum Königreich beschäftigt.

Der Kern des Urteils ist also die Aufrechterhaltung des bisherigen Verbotes. Während das Ausland — insbesondere Holland und Amerika — durch ausführliche Auszüge aus Bismarcks Werk längst genaue Kenntnis seines Inhalts erworben haben, gilt in Deutschland der Wunsch des jahnenflüchtigen Exmonarchen als maßgebend, und Deutschland muß zum Gespött des Auslandes seine Informationen über Bismarcks Gedanken sich aus fremden Sprachen ins Deutsche zurückübersehen! Hierbei ist besonders charakteristisch, daß das Verbot der Veröffentlichung von Bismarcks Erinnerungen von einem Richterkollegium ausgesprochen wird, das sicher der ehrlischen Ueberzeugung ist, daß nur die mangelnde Kenntnis bismarckischer Staatskunst uns in den „Fluch der Revolution“ gestürzt habe! — Das schwächliche Kompromiß, das den Abdruck einiger Briefe freigibt, ändert nichts an der Tatsache, daß Wilhelm von Doorn als Sieger aus dem Prozeß hervorgegangen ist. Rechtliche, politische und künstlerische Ermägungen hätte nun einem entgegengesetzten Urteil führen müssen, das der politischen Einsicht ein besseres Zeugnis ausgestellt hätte.

Das beleidigte Offizierkorps.

Frankfurt a. O., 4. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute vormittag 10 Uhr fand vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen den Lokalredakteur des „Frankfurter Volksfreund“, Genossen Kurt Lehmann, statt, der unter Anklage stand, das Offizierkorps in seiner Gesamtheit durch einen am 9. November v. J. im lokalen Teil des „Volksfreund“ erschienenen Artikel beleidigt zu haben. Lehmann hatte in dem betreffenden Artikel von einer schlemmenden und prahlenden Offiziersmeute hinter der Front „weitab von dem Schredenshrei der Front“ berichtet. Obwohl nur Stappenooffiziere gemeint waren, hat trotzdem der Deutsche Offiziersbund Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Der Staatsanwalt ist dem Offiziersbund zu Willen gewesen. Als Nebenkläger trat u. a. ein General von Hutler auf.

Infolge eines durch die sozialdemokratische Presse gegangenen Aufrufs nach Zeugen hatten sich circa 1500 Personen gemeldet,

die ein so erdrückendes Material beibrachten, daß dessen Verlesung bzw. Berücksichtigung bei der Verhandlung vollaus genügt hätte, um die Richtigkeit der feinerzeit von Lehmann in dem genannten Artikel ausgesprochenen Behauptung über die Stappenooffiziere zu bekräftigen. Das Gericht lehnte jedoch die Beweisanträge als belanglos ab! Der Staatsanwalt beantragte 300 M. Geldstrafe. Der Vertreter des Nebenklägers beantragte eine exemplarische Gefängnisstrafe. Das Gericht erkannte auf 1000 M. Geldstrafe. Gegen das Urteil ist sofort Berufung eingelegt worden.

Parlamentskretinismus.

Die kommunistischen Abgeordneten, die vor den Wahlen parlamentarisch und nach den Wahlen antiparlamentarisch sind, benutzen die Tribüne des Reichstags, um auch von ihr aus den „proletarischen Klassenkampf“ nicht nur gegen die bürgerliche Gesellschaft, sondern in erster Linie gegen die nicht kommunistischen Arbeiterparteien zu führen. Von der katastrophalen Wirkung der dreistündigen Rede des gefürchteten Herrn Höllein auf seine näheren und weiteren Kollegen hatten wir bereits berichtet. Als nun Höllein im besten Zuge war und vor völlig geleertem Hause zwei Stunden gesprochen hatte, wurde ihm von einem Parteifreunde ein Zettel mit folgendem kaffischen Inhalt herausgereicht:

Du mußt mal sagen:
Ich komme zum Schluß!
Damit der klingelt.
Und dann weiter reden!
Wenn sie alle hereinkommen.

Zur Erklärung dieses köstlichen Sprüchleins sei bemerkt, daß der Präsident des Reichstages gegen Schluß besonders langer Reden zur Anfrörmung des Hauses das Klingelzeichen gibt. Aber die freundschaftliche Mahnung nützte nichts. Ob Höllein die Drohung aus sprach, er komme zum Schluß oder nicht, wissen wir nicht; feststeht, daß der Präsident ihm nicht den Gefallen tat, die geflüchteten Abgeordneten herbeizuholen, und daß Höllein seine Dreistundrede ungestört zu Ende halten konnte.

Der Bankraub in Mettmann.

Elberfeld, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor dem außerordentlichen Gericht hatten sich gestern einige Teilnehmer an dem Bankraub in Mettmann am 2. Osterfesttage zu verantworten. Es handelt sich um den Koller Woche, den Hiesener Schmidt und den Kohlenarbeiter Wahi, sämtlich aus Düsseldorf. Alle drei sind Mitglieder der kommunistischen Partei. Aus den Verhältnissen der Angeklagten ist besonders bemerkenswert, daß der Angeklagte Woche es im Kriege vom gemeinen Mann bis zum Bizefeldwebel gebracht hat, und, wie sein Verteidiger ausführte, ihm die Disziplin noch so in den Knochen saß, daß er den Befehlen seiner Partei blindlings Folge leistete!

Der Bankraub ist mit militärischem Schneid ausgeführt worden. Der Angeklagte Schmidt stand trotz seiner 25 Lebensjahre schon mehrmals vor Gericht und ist bereits mit Gefängnis und Zuchthaus in Höhe von etwa 10 Jahren vorbestraft. Drei Jahre Zuchthaus hat er noch wegen schweren Diebstahls zu verbüßen. Es handelte sich bei ihm natürlich nicht um politische, sondern reiflos um schwere Eigentumsvergehen. Von ihm behauptet der Verteidiger, daß er aus lauterem und ernsthaften Motiven heraus gehandelt habe, da er „ehrlich befreit gewesen sei, an der Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne der kommunistischen Partei mitzuwirken.“ Wie diese Mitarbeit aber in Wirklichkeit aus sah, darüber ergab die Verhandlung ein eigentliches Bild. Schmidt ist beobachtet worden, daß er bei dem Bankraub etwa 100 000 M. in die eigene Tasche gesteckt hat. Er ist dann in die Wohnungen der Polizeibeamten von Mettmann eingedrungen, die ihm von einer früheren Straftat her bekannt und verhaßt waren; ihre Angehörigen bedrohte er mit dem Revolver. Nach dem Raub von über 457 000 M. wurden die Angehörigen der „Roten Armee“ gelohnt. Verheiratete bekamen 200 M., Unverheiratete 100 M. Löhnung. Mit dem Rest ist ein gewisser Jaedel in Begleitung des Wahi nach Düsseldorf

wirklichen Leistungen aber hört man selten etwas. Es wurden Entfernungen von Verkehrsflugzeugen zurückgelegt, die der Strecke 6½ mal um die Erde gleichkommen und dabei ereigneten sich soviel Unfälle, daß gerade für 10 Pfg. Heftpflaster verbraucht wurde. Mit einer warmherzigen Aufforderung, der deutschen Luftschiffahrt während der Zeit des Durchs der Entente erzwungenen Bauverbots beizustehen, schloß der Redner seinen überaus beifällig aufgenommenen Vortrag.

Ein Referendum entfiel gegenwärtig in Amerika, zwölf Meilen östlich von Atlanta (Georgia). Es wird, wie die „Anschau“ mitteilt, nach Entwürfen und unter Leitung von Guyton Vorlogum ausgeführt und soll den für die Südstaaten verlorenen Bürgerkrieg verewigen. Nicht weniger als 1000 Führer der Südstaaten werden aus einem Granitberge von 500 Meter Länge und 300 Meter Höhe frei herausgearbeitet. Jede Figur ist 50 Fuß hoch und wird auf 8 Kilometer Entfernung zu erkennen sein. Ein Fuß des Berges soll Aufnahmehallen, Kioskanlagen und ein künstlicher See geplant. Gegen diese amerikanische „Vesigten-Aller“ kann unsere Siegesallee — wie die Berliner sagen — freilich „nicht anstinken“.

Jadóra Duncan hat ihre Tanzbeine schon öfters in den Dienst der hohen Politik gestellt. Während des Krieges tanzte sie auf den Strohen Athens, um die Griechen zur Teilnahme am Völkermorden — auf Seite der Entente — zu begeistern. Jetzt glaubt Sowietrußland in den griechischen Tänzen Jadóras ein Mittel zur bolschewistischen Volksregierung gefunden zu haben, und der Rat der Volksbeauftragten hat durch Vermittlung Krastins die Dame eingeladen, nach Rußland zu kommen, um in Pskow und Petersburg Tanzschulen einzurichten. Jadóra, die das Land der Griechen mit der Seele suchte, hat die Einladung angenommen und wird am 1. Juli die Reise nach Rußland antreten. Wie sie einem Interviewer des „Matin“ erklärte, hat sie von Krastin, den sie als großen Staatsmann bewundert, auch gar nichts anderes erwartet. Er wie die anderen Mitglieder der Sowjetregierung hätten sich eben schließlich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß es eine sozialpolitische Notwendigkeit sei, der heranwachsenden Jugend den Tanz zu lehren. „Auf dem Tanz beruht das Leben“, erklärt Jadóra Duncan mit Empfasse. „Man lebt überhaupt nur, wenn man tanzt.“ Danach scheinen wir uns gegenwärtig auf der Höhe des Lebens zu befinden, denn nie hat man wohl so intensiv getanzt wie heute.

Erkennungsführung der Woche. Sonnabend: Volksbühne: „Die lange Julia.“

Irania-Vorträge. Montag und Dienstag: „Der Sieg über die Niddermotte durch Herstellung mottenechter Wolle.“ Mittwoch und Sonnabend: „Die Ansel Kägen.“ Donnerstag: „Moderne Kulturverle.“ Sonntag und Freitag: „Der Darg.“ Sonntag, den 6. nachm. 4), zu kleinen Vorträgen: „Von der Sargpige zum Sargmann.“

Bernhard Rose, der bekannte Berliner Theaterleiter, beschäftigt, wie wir hören, am 1. September seine Direktion wiederzugeben.

Camilo Sildebrand, der führende, langjährige Dirigent des Philharmonischen Orchesters, übernimmt vom Herbst ab die Leitung des Bläser-Orchesters.

gefahren. Nach anderen Mitteilungen soll das übrige Geld die kommunistische Partei erhalten haben. Bestimmtes war nicht zu ermitteln; jedenfalls ist das Geld nicht wieder gesehen worden.

Das Gericht erkannte gegen Schmidt auf eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren, während Woche 4 Jahre Gefängnis erhielt. Wahl, der nur eine untergeordnete Rolle spielte und bei den Vorgängen der Verführung war, erhielt 6 Monate. Gegen Schmidt wurde außerdem auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Stellung unter Polizeiaufsicht auf die Dauer von 10 Jahren erkannt.

Erzberger für das Reichskabinett.

Reichsfinanzminister a. D. Erzberger sprach gestern in einer stark besuchten Versammlung in Hamm über die politische Lage. Er forderte die loyale Ausführung der Verpflichtungen des Ultimatums und schärfsten Kampf gegen alle Saboteure, da sonst die Einheit des Reichs gefährdet sei. Der neue Außenminister Dr. Rosen werde den Wasserlopp des auswärtigen Amtes ganz erheblich verkleinern müssen und einen neuen Geist einführen. Das in Frankreich zutage getretene Mißtrauen gegen Rosen sei ganz unbegründet. Dunkle Kräfte suchten dem Reichkanzler Wirth die Arbeit zu erschweren, doch diese Machinationen würden scheitern; eine Neuausgabe des Kabinetts und der Politik Simons sei ganz ausgeschlossen, da sonst Deutschlands Untergang unabwendbar sei. Das neue Kabinett sei stark genug, um seine schwere Aufgabe zu erfüllen. Zum Schluß befaßte sich der Redner noch eingehend mit der Reparationsfrage.

Das versenkte Hospitalschiff.

Heute morgen begann vor dem Reichsgericht in Leipzig der vierte Kriegsverbrecherprozess, der sich, wie von uns bereits mitgeteilt, gegen den Kapitänleutnant Karl Neumann richtet. Neumann wird beschuldigt, mit seinem U-Boot ein englisches Hospitalschiff versenkt zu haben.

Die Zusammenfassung des Senats ist die gleiche wie in den vorausgegangenen Prozessen; den Vorsitz führt wiederum Senatspräsident Dr. Schmidt. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Dr. Hannemann aus Leipzig zur Seite. Die englischen und französischen Regierungsovertreter sind vollständig erschienen. Eine Zeugenladung ist bekanntlich nicht erfolgt. Die Verhandlung wird sich hauptsächlich auf Erörterung völkerrechtlicher Fragen beschränken, hieran werden sich die Plädoyers schließen, so daß die Urteilsfällung voraussichtlich noch in den Nachmittagsstunden des heutigen Tages zu erwarten ist.

Der Angeklagte, der zurzeit als Kaufmann in Breslau antritt, wurde am 22. September 1887 in Rattowitz geboren, trat 1907 bei der Marine ein, erhielt 1917 Beförderung zum Oberleutnant und wurde 1918 Kapitänleutnant. Er war dem Mittelmeergeschwader zugeteilt und befehligte das U-Boot 57.

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift der Präsident zu folgenden Ausführungen das Wort:

Nach der Anklage wird von der großbritannischen Regierung gegen Neumann der Vorwurf erhoben, daß Sie völkerrechtswidrig und mit besonderer Grausamkeit und überdies ohne vorherige Benachrichtigung das englische Lazarettsschiff „Dover Castle“, ein Schiff von 1670 Tonnen, von Ihrem U-Boot torpediert haben. Es wird daraus geschlossen, sofern der Vorwurf des völkerrechtswidrigen Verhaltens begründet ist, daß Sie dadurch auch widerrechtlich sechs auf dem Lazarettsschiff befindliche Menschen — Matrosen, Heizer usw. — getötet haben, und es wird angenommen, daß, vorausgesetzt, daß die tatsächlichen Bedingungen gegeben sind, dann der Tatbestand des Mordes im Sinne des § 211 des StrGB. vorliegt.

Wie WTB. bei Schluß des Vortrags meldet, wurde Neumann freigesprochen.

Bajawarische Rohellen. Auf den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Saenger, der in einer Münchener Versammlung des republikanischen Reichsbundes über „Die deutsche Hochschule und die Republik“ gesprochen hatte, wobei in der Versammlung Unruhen entstanden, wurde auf dem Heimwege ein Überfall verübt. Der Abgeordnete bekam von hinten mit einem schweren Stoch heftige Schläge über den Rücken. Es gelang nicht den Anreißer festzustellen, da dieser noch drei oder vier Leute zu seiner Unterstützung hatte. (In Bayern gelingt es selten, derartige Helden festzustellen; man denke an den ungeführten Fall Hirschfeld!)

Glückliches Frankfurt! Durch Stiftungen ist es dem Magistrat in Frankfurt a. M. gelungen, das Gleichgewicht im städtischen Haushaltplan 1920/21 herzustellen, so daß der Etat jetzt ohne Fehlbetrag abschließt.

Das Friedensdikt von Trianon, wodurch Deutschösterreich von Ungarn das Burgenland erhalten und Ungarns Abrüstung Geleitet werden soll, ist noch nicht ratifiziert. Die französische Kammer beginnt am Dienstag mit der Beratung darüber.

Stansfeiner unterbrechen die Drahtverbindungen. Eine große Anzahl Telephon- und Telegraphendrähte rund um Liverpool sind von unbekannter Hand durchschnitten worden, so daß Liverpool so gut wie vollständig vom übrigen England abgeschnitten ist. Auch an der Eisenbahn Liverpool-London sind verschiedene Telegraphendrähte umgelegt worden. Die irischen Kampfhandlungen fortlaufend zu verzeichnen, ist unmöglich.

Reichstag.

Nach der gestrigen Krise, die wohl mehr eine nervöse als eine politische Krise war, beginnt der Reichstag seine heutige Sitzung 20 Minuten nach 12 Uhr im Zeichen stichlicher Erschlaffung. Die Bänke sind spärlich besetzt, der Regierungstisch ist vollständig leer. Als erster Redner in der fortgesetzten Debatte über das Regierungsprogramm spricht der bayerische Volksparteiler Böhm, der nach einigen Ausführungen wirtschaftspolitischer Natur zum Schluß erklärt, die Regierung werde die Bayerische Volkspartei an ihrer Seite finden, wenn sie geeignete sachliche Vorschläge zur Erfüllung des angenommenen Ultimatums erstatte. Dementsprechend würde auch die Stellung der Bayerischen Volkspartei zu den gestellten Anträgen sein.

Danach examiniert der Deutschnationale v. Graefe die nicht anwesende Regierung in ernstem Tone, wie es mit den gefährlichen Vorschlägen des Reichswirtschaftsministers Schmidt über die Besteuerung des Grundbesitzes stehe, und ob etwa diese Vorschläge gemeint gewesen seien, als Dr. Wirth in seiner Programmrede von einer Besteuerung der Goldwerte sprach.

Ein kommunistischer Antrag will den arbeitserfindlichen Charakter dieser Regierung feststellen und ihr das tiefste Mißtrauen aussprechen. (Heiterkeit.)

Ein Antrag Dr. Rosenfeld (USP.) fordert die Aufhebung der Sondergerichte.

Inzwischen haben die Minister Robert Schmidt und Rathenau am Regierungstisch Platz genommen.

Groß-Berlin

Knupper . . .

Wie rote Traubenköpfe, nur leuchtender noch und lockender, lachen sie aus den breiten Körben der Händler, blühen sie munter vom Straßenzug.

Als wir Kinder waren, aßen wir davon so viel wir konnten. So süß waren sie. Schmerzverzerrte Gesichter und andere Folgen reizten den Jörn der Eltern. Heute . . .

„Werderische Knupper, 1/2 Pfund 2 Mark.“

Vor einer Woche stand zu lesen: 1/4 Pfund 2 Mark.“

Und wenn es regnet, steht vielleicht morgen an derselben Stelle: 1/2 Pfund 1,50 Mark.“

Überall wo Kinder, die Finger im Mund, begehrend auf rot und schwarz leuchtende Kirschchen schauen, ist diese selbe Stelle.

Ja, ja, die Revolution. . . .

Die Obstbäume, die alle noch vor dem Kriege gepflanzt wurden, als noch ein Baum halb so viel kostete wie heute ein Pfund Kirschchen, haben Löhnerhöhungen erlitten. Der Regen ist teuer geworden. Die Händler hungern, daß fettiger Schweiß in diesen Bächen ihnen über den Rücken rinnt.

Früchte . . . Fruchtbarkeit — Worte voll Segens, voll froher Erfrischung, voll Kinderfreude, voll Erquickung in drückender Hitze.

Heute kostet das Pfund Kirschchen 4 Mark, 400 Pfennige, mehr als der Baum selbst gekostet hat, als er gepflanzt wurde. Sich gegen den Munderaub an Früchten zu schützen, gibt es heute noch keine Organisation.

Und doch könnte man sie schaffen, waffenlos und ohne gegen eine hohe Entente zu verstoßen, ohne die Karren der Händler zu stürzen, überhaupt so sozialpazifistisch wie irgend möglich.

Ein Händler, dem ich fragte, warum die Kirschchen so teuer seien, sagte mir: „Ja, — Angebot und Nachfrage.“

Wer ist denn die Nachfrage? — Ich, der ich eben die Kirschkerne aufs Strohpflaster spude, weil es gerade noch auf ein halbes Pfund gereicht hat; du, Nachbar, der du vor Ingramm noch die Stiele bestaust.

Und weil wir es uns nicht verkneifen können, „fragen“ wir „nach“, kaufen, obwohl die Kirschchen in wenigen Tagen faulen würden und sie auf einmal billig werden müßten — denn der Baum will verdienen und der Händler nicht sterben.

Nur fünf Tage Käuferfreud in ganz Deutschland — und wir könnten vielen verlangenden Kindern das Leuchten des Kirschchens schenken.

Wer fängt an?

Eine neue Fahrsteuer.

Besteuerung der Zugtiere und Wasserfahrzeuge.

Der Berliner Magistrat hat in seiner letzten Sitzung eine neue Steuerordnung für das Halten von Wagen und Pferden, Maultieren, Maultseln usw. angenommen und errechnet aus ihr einen jährlichen Ertrag von etwa 6 Millionen Mark. Alle Personenzüge, die zur Fortbewegung einer tierischen Kraft bedürfen (ausgenommen sind die Wagen, die von Hund und Ziegen gezogen werden), unterliegen der neuen Steuer in Höhe von etwa 300 M. jährlich. Sport- und Luxuswagen sollen mit 400 M. jährlich veranlagt werden. Dagegen ermäßigt sich die Steuer für Droschken auf 100 M. für das Jahr. Pferde, Maultiere und Maultsel sollen mit 100 M., Luxuspferde mit 1000 M. und Pferde, die zum Reiten vermietet werden, mit 300 M. jährlich veranlagt werden. Die Steuer erhöht sich für Pferde, die für Personenzüge usw. benutzt werden (Kutschpferde), auf 400 M. Jedes Pferd erhält eine Pferdemarkt

ähnlich der Hundemarkt. Steuerfrei bleiben alle Pferde, die für Krankenwagen, Rechenwagen, Dienstfahrzeuge des Reiches, der Staaten und der Kommunen Verwendung finden.

Ein zweites Steuergesetz regelt die Steuer auf Lastkraftwagen, Wasserfahrzeuge mit Rotorentrieb und auf moderne Reifen mit Luftschläuchen, sofern sie von Personenzugmaschinen benutzt werden. Dreiräder kosten nach dieser Steuerordnung jährlich 400 M. Steuer, Lastkraftwagen bis zu 1 Tonne 600 M., von 1 bis 2 Tonnen 800 M., von 2 bis 3 Tonnen 900 M., von 3 bis 4 Tonnen 1000 M. und von 4 bis 5 Tonnen 1100 M. Alle Wagen mit mehr als 5 Tonnen sollen mit 1200 M. Steuer veranlagt werden. 800 M. sind zu entrichten für selbstfahrende Maschinen bis zu 3 Tonnen, 1000 M. für 3 bis 5 Tonnen, 1200 M. für 5 Tonnen und mehr. Wasserfahrzeuge bis 6 PS 100 M., bis 10 PS 200 M., bis 16 PS 400 M., bis 22 PS 800 M. und über 22 PS 1000 M.

Der Minister des Innern hat die von den Berliner Gemeindebehörden beschlossene Wertzuwachssteuerordnung in der vorliegenden Form nicht genehmigt, sondern seine Zustimmung von einigen Änderungen abhängig gemacht. Der Magistrat hat diesem Verlangen entsprechen und ersucht nun die Berliner Stadtverordnetenversammlung, den Änderungen zuzustimmen. Der Minister verlangt u. a., daß die Gemeindevertzuwachssteuer 1—3 1/2 Proz. des Wertzuwachses nicht übersteigen darf.

Mücken-Sommer.

Die riesige Hitze in den Frühlingstagen hat die Entwicklung der Mückenbrut außerordentlich gefördert. In Brieselang bei Finkenkrug kann man wieder was erleben, überhaupt in allen Parkanlagen, und die Hitze, daß Damen rauchen, die vielfach als Unsitte angesehen wird, kann hier zur Rettung werden. Bis nach Berlin hinein ziehen sich die Mückenschwärme, und ein derartiger riesiger Mückenschwarm, der am Dienstagabend seinen Lauf um den Turm der Dankeskirche auf dem Wedding ausführte, war Ursache, daß man annahm, im Kirchturn sei Feuer ausgebrochen; man sah den Mückenschwarm für Rauch an. Die Feuerwehr, die sonst in allen Fällen Hilfe weiß, konnte zwar für Aufklärung des beunruhigten Publikums, nicht aber für Abtransport der Mücken-Vollschwärme sorgen. Von anderen Stellen Berlins wird gleichfalls das massenhafte Auftreten der Mückenschwärme gemeldet. Sehr unangenehm machen sich in den äußeren Vororten auch die „Gulpen“, winzig kleine Stechfliegen, bemerkbar, deren Stich kleine Beulen hinterläßt. Uebrigens, gab es nicht im Krieg „Kommandos zur Bekämpfung der Schnaken“? Wo blieben sie mit ihrer Wissenschaft? Die Mädchen mit ihren dünnen Strümpfen und zarten Beinchen können einen besonders leid tun.

Störenfriede im Lazarett.

Zu der Darstellung in der heutigen Morgenausgabe über die Vorgänge im Versorgungskrankenhaus Schloß Charlottenburg sendet uns der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Seit längerer Zeit bestehen in diesem Versorgungskrankenhaus Differenzen, weil angeblich eine Anzahl Lazarettinsassen sich der Hausordnung nicht gefügt und sich auch sonstige Uebertretungen erlaubt haben soll. Dieser Vorgang hatte zur Folge, daß das Hauptverwaltungsamt Berlin die Verlegung dieser „Unruhestifter“ für angezeigt hielt und in einer Verfügung dem Chefarzt des

Lazarett mitteilte, daß die Ueberführung dieser Personen nach dem Versorgungskrankenhaus Tempelhof durchgeführt werden solle. Bereits mehrere Male bestand die Gefahr der Schließung des Lazarett, was aber immer wieder verhindert werden konnte. Zu der Verlegung des Hauptverwaltungsamtes haben die im Schloß Charlottenburg befindlichen Lazarettinsassen in einer Versammlung Stellung genommen und den Beschluß gefaßt, sich der Verlegung zu widersetzen, von der Ansicht ausgehend, daß in der Verlegung einiger Kriegsbeschädigter eine Strafmaßnahme zu erblicken sei. In dem vorliegenden Falle wird einigen im Lazarett befindlichen Kriegsbeschädigten nachgelassen, daß sie sich grobe Tötlichkeiten gegen einen Wundarzt zuzuschulden kommen ließen und daß deshalb die Verlegung angeordnet worden ist. In der Tat hat das Hauptverwaltungsamt wiederholt betont, daß eine Strafmaßnahme oder Maßregelung in der Verlegung nicht zu erblicken sei, daß man aber beabsichtige, die „Unruhestifter“ von diesem Lazarett in ein anderes Lazarett zu verlegen und hat gedroht, wenn dieser Verfügung nicht Rechnung getragen wird, das gesamte Lazarett aufgelöst werden wird. Vertreter der Organisationen haben in der Zwischenzeit versucht, eine Lösung dieser Streitfrage herbeizuführen. Es hatte den Anschein, als ob die letzte Verhandlung am 3. Juni d. J. im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung des Konfliktes führen würde. Es wäre seitens des Hauptverwaltungsamtes unserer Auffassung noch richtiger gewesen, es hätte diejenigen Lazarettinsassen, die als „Unruhestifter“ in Frage kommen, den Organisationen mitgeteilt. Die Organisationen würden einer Verlegung dieser Personen sich nicht widersetzen haben, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß in der Tat diese Personen als „Störenfriede“ aufgetreten sind.

Ein zaghaftes Wohnungsamt.

Zu dem Artikel „Arbeit für das Wohnungsamt“ (im „Vorwärts“ Nr. 248) schickt uns die in Frage kommende Wohnungsinspektion, die nach der neuesten Umorganisation als Wohnungsamt 1b bezeichnet wird, eine Erwidmung. Ein Bericht, irgendwie unsere Angaben über die im Hause Zionstraße 6 auf Anordnung des Wohnungsamtes erfolgte Räumung einer kleinen Einzimmerwohnung zu bestreiten oder zu berichtigen wird nicht gemacht. Das Wohnungsamt 1b will uns nur erzählen warum — wie wir in jenem Artikel feststellten — die geräumte Wohnung noch nach zehn Tagen unbenutzt stand und warum der in demselben Hause wohnende Hauswirt bisher den von uns gerügten Wohnungsluxus hat treiben dürfen. Die Zuschrift behauptet, bei dem Versuch der Zwangsäumung jener kleinen Wohnung seien die Beamten des Wohnungsamtes von 500—600 Personen bedrängt worden, daher habe man nicht wie sonst die Wohnungszuschenden schon vor Freiwerden des Quartiers zur Befichtigung zu schicken gewagt. Inzwischen sei ein Mieter eingewiesen worden, doch habe sein Einzug sich dadurch noch verzögert, daß die in demselben Hause eine besondere Zweizimmerwohnung benutzende Mutter des Mieters jetzt ihr Quartier gegen die geräumte Einzimmerwohnung tauschen wolle. Hiernach müssen wir annehmen, daß diese Wohnung noch heute, nachdem seit der Räumung reichlich drei Wochen vergangen sind, unbenutzt steht. Zu unserer Feststellung, daß die Wirtsfamilie an vier verschiedenen Stellen des Hauses vier Wohnungen benutzt — für sechs Personen einschließlich Mutter und Hausangestellte: im Vorderhaus-Erdgeschoß eine große Wohnung aus fünf Zimmern und Küche, eine Treppe hoch ein Einzelzimmer, vier Treppen hoch ein Einzelzimmer, im Seitenflügel eine Wohnung aus zwei Zimmern und Küche —, erklärt das Wohnungsamt 1b, daß die Beschlagnahme eines Zimmers in Frage kommt und auch durchgeführt werden wird, wenn das Mietverhältnis so entscheidet. Warum die alte Mutter des Mieters nicht in seiner großen Wohnung untergebracht werden soll, sondern einlam ohne Beheizung immer noch eine eigene Wohnung haben muß — das möchten wir wissen.

Bezirksversammlungen.

Berlin-Mitte. Nach Erledigung zahlreicher geschäftlicher Mitteilungen und Befichtigung des Gen. Nagel als Bezirksverordneter an Stelle des ausgeschiedenen Gen. Stadtrat Kühne, entspann sich eine lebhafte Aussprache wegen der erfolgten, dann aber rückgängig gemachten Ueberlassung eines Klassenzimmers der 13. Gemeindegemeinde an das ehemalige Böhmisches Lyzeum. Gleich lebhaft Auseinandersetzungen entfaltete der kommunistische Bezirksverordnete Dr. Rosenfeld wegen eines der Vermehrung von Vorkursen ablehnen, jedoch verhältnismäßig begründeten Bescheides des Magistrats, dem er Kulturfeindlichkeit vorwarf. Der Redner wurde jedoch unter fast allgemeiner Zustimmung von Bezirksverordneten Werten (Dem.) so treffend abgefertigt, daß dem Gen. Kuntowitz nur übrig blieb, namens der Fraktion eine dem Magistrat zustimmende Erklärung abzugeben. Der übrige Teil der Tagesordnung fand schnelle Erledigung. Außerhalb der Tagesordnung wählte die SPD-Fraktion an Stelle des Gen. Kühne den Gen. Harich zum Vorkursenden.

4. Bezirk (Prenzlauer Tor). In der Versammlung wurden zunächst an Stelle der zum Stadtrat gewählten Genossen Fröhlich und Weber die Genossen Huhnsfeld und Hecht als Bezirksverordnete eingeführt und vereidigt. Verschiedenen Beschlüssen der Bezirksversammlung ist das Bezirksamt beigetreten, so unter anderem, daß Herr Hartmann nicht mehr als Wohnungsinspektor für unseren Bezirk in Frage kommt; daß für eine bessere Pflege der gütewirtschaftlichen Anlagen in den Hauptstraßen des Bezirks Sorge getragen wird und daß die von einzelnen Bezirkskommissionen usw. benutzten Schulräume endlich für den Schulunterricht frei gemacht werden. Befriedend erregten zwei Schreiben des Magistrats wegen des Haushaltsplans und wegen der Beanstandung des Disziplinarverfahrens über Entschädigungen der Ehrenbeamten durch den Oberpräsidenten. Sie sollen in der nächsten Sitzung zur Debatte gestellt werden, nachdem die einzelnen Fraktionen dazu Stellung genommen haben. In einem Schreiben des Magistrats wurde mitgeteilt, daß für die verfallenen Abschnitte der alten Kolonnen die Bezirkskolonnenstellen ausgewiesen sind, Sonderkarten auch nach dem 1. Mai 1921 auszugeben. Die Wahl der Mitglieder der Bezirksversammlung für die sechs Bezirksverwaltungsdeputationen ging nach Einspruch der Kommunisten auf Mehrberufichtigung, welchen nicht stattgegeben wurde, statt von staten. Einen Antrag der Kommunisten, der Vereinfachung eines Raumes für die Vertreter der Erwerbslosen im Bezirksamt verlangt, wurde zugestimmt unter der Voraussetzung, daß es sich um die von den organisierten Arbeitlosen gewählten Vertreter handelt. Die Herren sollen mit denen der Stadtverordnetenversammlung zu gleicher Zeit gefaßt werden. Mehreren Dringlichkeitsanträgen der Kommunisten wurde die Dringlichkeit abgesprochen, nur einem Antrag, der die sofortige Deckung der Schwimmhalle in der Oberberger Straße verlangt, wurde einstimmig zugestimmt. Stadtrat Hühnsfeld versprach alles zu tun, um dieses durchzuführen. Die Versammlung beschloß ferner für das Bezirksamt den Namen „Prenzlauer Berg“.

Der diesjährige Sommerfahrplan der Räderdampfer des Norddeutschen Lloyd ist erschienen. Das kleine Büchlein bringt die übersichtliche Darstellung aller von dem Norddeutschen Lloyd in diesem Sommer betriebenen Räderfahrten. Neben den höchsten der Räderdampfer in der Nordsee sind auch die Ozeanfahrten des Lloyd von Swinemünde nach Kopenhagen, Danzig, Vilna, Riga und Altona behandelt. Der Fahrplan ist bei allen Vertretungen des Norddeutschen Lloyd unentgeltlich zu haben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten. Montagabend 7 Uhr im Saal der Juristischen Gesellschaft. Einleitend: 1. Hof links referiert, Gruppenreferent: Trosselmann. 2. Von Weimar bis Potsdam. Referent: Otto Bach. 3. Auswanderer und Auszüge. 4. Wahl der Delegierten. 5. Bericht des Arbeitsausschusses. 6. Organisationsprogramm. Referent: Genosse Otto Lohm. 7. Beschlüsse der Gruppenleitungen. 8. Müssen notwendig vertretet sein. Interessierte Genossen und Genossinnen willkommen. Der Arbeitsausschluß.

Gewerkschaftsbewegung

Zwölfter Verbandstag der Holzarbeiter.

Am 6. Juni beginnt in Hamburg der 12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Seit dem letzten ordentlichen Verbandstage in Berlin 1919 verlor der Verband zweimal einen hervorragenden ersten Vorsitzenden. Theodor Seipart folgte der Berufung als Arbeitsminister für Württemberg und trat später als Nachfolger Begiens an die Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seiparts Nachfolger, Adam Neumann, war schwer herzleidend und am 27. Januar 1920 raffte ihn ein Herzschlag hinweg. Seitdem ist Frh. Tarnow in das Amt des ersten Verbandsvorsitzenden berufen.

Die Mitgliederzahl, Ende 1918 168.385 betragend, erhöhte sich bis Ende 1919 auf 361.054, stieg bis zum 2. Vierteljahrsschluss 1920 auf 394.635 und sank von da an bis zum Schlusse 1920 auf 370.840 Mitglieder. Den Rückgang in der Mitgliederzahl erklärt der Vorstand aus der außerordentlich großen Wirtschaftskrise, die über das Holzgewerbe seit 1920 hereingebrochen ist. Der im Verhältnis zur Mitgliederzahl vorhandene Prozentsatz der Arbeitslosen stieg am Schlusse des 3. Quartals des darauffolgenden Jahres bis auf 9,29 Proz. und betrug am Schlusse dieses Jahres immer noch 5,05 Proz. Diese Arbeitslosenziffern geben jedoch nur ein unvollkommenes Bild des Umfangs der Krise, weil neben der Arbeitslosigkeit auch noch in großem Umfang die Kurzarbeit bestand. Von 18.029 im Juni 1920 verbandsstatistisch erfassten Betrieben mit 261.914 Beschäftigten arbeiteten 2502 Betriebe mit 69.714 Beschäftigten in verkürzter Arbeitszeit. Außerdem kamen auf je 100 Beschäftigte 7 völlig Arbeitslose. Einzelne Bezirke, so die Zahlstelle Berlin, waren besonders schwer betroffen. Die katastrophale Krise, die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt, mußte naturgemäß auf die Mitgliederzahl des Verbandes drücken. Man muß annehmen, daß Tausende aus der Holzindustrie abgedrängt wurden und sich anderen Berufen zuwendeten. Die Anzahl der Zahlstellen stieg von 781 Ende 1918 auf 1316 Ende 1920.

Die Finanzlage des Verbandes litt stark unter der Ungunst der Zeitverhältnisse. Das Jahr 1919 begann mit einem Vermögensbestand von 9317249 M., einschließlich der Lokalkassen. Am Schlusse des Jahres betrug der Vermögensbestand 10.020.987 M. Infolge des Mitgliederzuwachses fiel aber der Vermögensanteil für jedes Mitglied von 53,33 auf 27,75 M. Dabei war die Kaufkraft der Mark im Inland etwa um die Hälfte gesunken. Zeitweise waren die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen nicht mehr gedeckt. Die Gesundung der Finanzen, die die ungenügende Beitragserhöhung des letzten ordentlichen Verbandstages nicht bringen konnte, wurde durch obligatorische Extrabeiträge, durch die Beitragsreform durch den außerordentlichen Verbandstag im April 1920 herbeigeführt. So hat sich der Vermögensbestand (Hauptkasse und Lokalkasse) bis Ende 1920 wieder auf 19.530.865 M. entwickelt, was einem Anteil pro Mitglied von 52,67 M. gleichkommt. Die Ziffern des Verbandshaushalts sind gewaltig angeschwollen. Während vor dem Kriege die größte Jahreseinnahme bei der Hauptkasse 58 Millionen Mark betrug, stieg sie 1920 auf 45,3 Millionen Mark. 1919/20 wurden für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung ausgegeben 9.100.988 M., für Krankenunterstützung 2.585.530 M., für Streikunterstützung 20.257.612 M., für sonstige Unterstufungen 1.134.571 M.

Die Lohnbewegungen in den beiden Berichtsjahren hatten einen alle früheren Bewegungen weit übertreffenden Umfang. 4636 Bewegungen ohne Streik mit 797.435 Beteiligten sind in der Statistik gezählt; ferner 1565 Angriffsstreiks mit 162.865 Beteiligten, 89 Abwehrstreiks mit 4859 Beteiligten, 53 Ausperrungen mit 16.511, insgesamt also mit 993.586 Beteiligten. Der materielle Erfolg dieser Bewegungen wird berechnet für 1919 auf durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit von 3,0 Stunden pro Woche für 76.318 Personen, auf durchschnittliche Erhöhung des Geldlohnes pro Woche von 20,53 M. für 371.450 Personen, während die Wochenlöhne für 1920 lauten: Verkürzung der Arbeitszeit um 1,6 Stunden für 36.312, Erhöhung des Geldlohnes um 37,80 M. für 551.504 Personen. Ganz enorm ist der durchschnittliche Beitrag an Streikunterstützung für den einzelnen Beteiligten gestiegen. 1917 entfielen auf den einzelnen Beteiligten 14,20 M., 1920 210,79 M. Auf jedes Verbandsmitglied entfielen im Durchschnitt 1917 1 M., 1920 36,33 M. Streiklohn.

Der Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes wird zu den wichtigsten Zeit- und Streikfragen der Gewerkschaftsbewegung Stellung nehmen. Der Versuch der kommunistischen Zellen, den Verband auf die Rostauer Heilslehren festzulegen, wird natürlich auch dort gemacht werden, dafür zeugt die große Zahl von Anträgen, die zum Teil von diesem Gedanken geleitet sind, doch ist kaum zu erwarten, daß diese Ideen stärkeren Widerhall finden. Dagegen wird der Verbandstag wichtige Beschlüsse in bezug auf die Frage des Tarifvertrages zu fassen haben. Schon seit Beginn dieses Jahres schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, einen Reichsmanteltarif für die Möbelindustrie und des Tischlergewerbe zu schaffen, der dann die Grundlage für die Lohnregelung bildet, die bezüglich erfolgen soll. Augenblicklich herrscht ein vertragsloser Zustand, denn die alten Verträge waren nur bis zum 31. März verlängert und sie sind dann abgelaufen. Die Verhandlungen über den Reichsmanteltarif sind übrigens, trotz ihrer langen Dauer, noch nicht beendet. Unmittelbar vor dem Verbandstag soll versucht werden, sie zum Abschluß zu bringen. Aber gleichviel, ob das gelingt oder nicht, wird die Tarifvertragsfrage in ihrer ganzen Breite auf dem Verbandstag aufgerollt werden und den Verhandlungen des Verbandstages das Gepräge geben.

Lohnbewegung in der Filmindustrie.

In einer öffentlichen Versammlung der Filmarbeiter, die am Freitag im „Alten Kantonier“ tagte, referierte Binzner über die Tarifverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss und die Verschleppungstaktik der Unternehmer. Er gab die Lohnsätze bekannt, die von der Tarifkommission gefordert, von den Arbeitgebern aber als „unberechtigte“ Forderungen abgelehnt worden sind. Man habe die Ablehnung damit zu begründen versucht, daß bereits ein Ab-

bau der Lebensmittelpreise eingetreten sei, der auch den in der Filmindustrie beschäftigten Arbeitern eine billigere Lebenshaltung ermögliche. Leider sei diesen von einer Verbilligung der Lebensmittel noch nichts bekannt geworden. Vor dem Schlichtungsausschuss habe sich erst einer, später ein zweiter und dann noch ein dritter Verhandlungsteilnehmer als besungen erklärt, so daß ein Spruch nicht erfolgen konnte. Und auch eine folgende Verhandlung konnte nicht beendet werden, weil eine Beschwerde des Vertreters der Arbeitgeber an den Demobilisierungskommissar eingereicht war, über die erst entschieden werden müsse. Die Arbeiterschaft müsse also weiter warten. Jetzt sei es dringend geboten, in allen Betrieben für die Stärkung der Gewerkschaft zu wirken, damit man im rechten Augenblick von dem letzten Mittel, dem Streik, Gebrauch machen könne. Den Zeitpunkt werde die Kollegenchaft bestimmen.

Nach der Aussprache wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Verschleppungstaktik protestiert und erklärt wird, daß die Filmangehörigen zu den aufgestellten Forderungen stehen und daß angefehlt ihrer Kasse und der ungeheuer hohen Verdienste der Unternehmer deren Taktik als ein Höhn von ihnen empfunden werde. Ferner wird eine Beschieunigung der Verhandlungen gefordert, die Dringlichkeit der deutschen Filmgewerkschaft beauftragt, alle erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten und der Verhandlungskommission des Vertrauens auszusprechen.

Aus England.

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes Hodge erklärte, daß die im Greteitausch vorzunehmende Prüfung der Abstammungsergebnisse aus den einzelnen Bezirken zu einer Ablehnung der Vorschläge Lord Georges führen müsse. Die Entscheidung werde Lord George sofort übermittelt werden. Die Bergwerksbesitzer scheinen geneigt zu sein, der Erfüllung der Forderung der Bergarbeiter Rechnung zu tragen und den Plan eines nationalen Lohnbureaus, wie die Regierung ihn vorschlug, anzunehmen.

In Yorkshire sind sämtliche Hochöfen wegen Kohlenmangel gelähmt worden.

Heute beginnt in London der Streik der Baumwollarbeiter. In den Grafschaften Lancashire, Dorsetshire, Northshire werden 600.000 Arbeiter ihre Arbeit niederlegen. Die Fabrikbesitzer schlagen vor, daß für jedes Pfund Sterling Lohn eine Verminderung von 5 Schilling eintreten solle, die Arbeiter erklärten sich mit einer Verminderung von 3,2 Schilling einverstanden. Freitag fand noch eine letzte Konferenz in Manchester statt. Ein Einvernehmen ist nicht erzielt worden.

Verbindlichkeitsklärung. Der zwischen dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, und dem Interessentenverband vereinigter Engros-Schlächtermeister Groß-Berlins am 2. April 1921 abgeschlossene Tarifvertrag, der in gleicher Weise zwischen dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, und der Großschlächter-Gesellschaft Berlin am 2. April 1921 getätigt ist, wird für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Mai 1921.

Deutsche Messen- und Munitionsfabriken, Kugellagerfabrik. Wir fordern hierdurch alle Kollegen, die eine Feilenabteilung erhalten haben, auf, den demselben in wenig geübter Betrag im Lohnbureau in Empfang zu nehmen. Kollegen, die verbindlich sind, bitten wir um Angabe der genauen Adresse. — Der Betriebsrat.

Wirtschaft

Die Petroleumproduktion der Welt.

Zu den Energiequellen, deren Bedeutung für die Industrie von Jahr zu Jahr wächst, gehört gleich nach der Kohle in erster Linie das Petroleum, das mit seinem geringen Gewicht eine große Heizkraft verbindet. Der Wert dieses Rohstoffes hat den Staaten, die um die Weltbeherrschung ringen, Anlaß zu erbitterten Interessentkämpfen gegeben. Die Erdölproduktion der Welt ist in den letzten 20 Jahren von 140,1 auf 688,5 Millionen Barrels gestiegen (1 Barrel = 42 Gallonen oder 1,59 Hektoliter). Die Produktion ist also im Jahre 1920 auf das Vierfache des Jahres 1900 angewachsen. Wie sich die Erdölproduktion der letzten drei Jahre auf die einzelnen Länder verteilt, zeigt folgende Tabelle:

Länder	1918	1919	1920	% der Weltproduktion
Vereinigte Staaten	355,9	377,7	443,4	64,4
Mexiko	63,8	87,1	159,8	23,2
Rußland	40,5	84,3	30,0	4,4
Niederländisch-Indien	13,8	15,8	16,0	2,3
Britisch-Indien	8,0	8,5	8,5	1,2
Peru	7,2	6,8	6,6	1,0
Rumänien	8,7	6,7	7,4	1,1
Galizien	5,6	6,8	6,0	0,9
Trinidad	2,1	2,8	1,6	0,2
Peru	2,5	2,6	2,8	0,4
Ägypten	2,1	1,7	1,1	0,2
Japan u. Formosa	2,5	2,1	2,2	0,3
Argentinien	8,1	1,5	1,4	0,2
Deutschland	0,7	0,9	0,2	0,0
Andere Länder	0,5	0,4	1,5	0,2

Insgesamt: 514,7 554,7 668,5

Auch in den letzten Jahren hat also die Erdölproduktion der Welt um 178,8 Mill. Barrels, also ein volles Drittel, zugenommen, ein Umstand, der den nach einer vorübergehenden Knappheit eingetretenen Kohlenüberschuß der Welt erklärt, soweit dieser nicht durch die Weltabfrage für industrielle Waren und der damit verbundenen Einschränkung des Industriekohlenverbrauches begründet ist. Der größte Teil der Mehrproduktion entfällt auf die Vereinigten Staaten und auf Mexiko, während Rußlands Petroleumgewinnung zurückgegangen ist. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Erdölproduktion in Niederländisch-Indien. Die deutsche Petroleumgewinnung ist nach der Abtretung Ostpreußens, das die wichtigsten Petroleumquellen barg, erheblich gesunken.

Die Privatindustrie in Sowjetrußland. Die Sowjetregierung hat begonnen, die Pläne zur Freigabe der kleinen und mitt-

leren Privatindustrie zu verwirklichen. Ein Dekret des Rates der Volkskommissare ordnet an, sämtliche Maßnahmen zur Förderung der Heim- und Kleinindustrie, sowohl in der genossenschaftlichen wie auch in der privatwirtschaftlichen Form zu treffen. Alle überflüssigen Reglementationen, welche die private Initiative hemmen könnten, müssen aufgehoben. Die Produzenten sind an der freien Verfügung über ihre Erzeugnisse nicht zu hindern. Vertriebsbruch der Erzeuger dem Staate gegenüber darf nur auf gezieltem Wege verweigert werden. Die Verwaltungsbehörden haben sich lediglich auf die Überwachung zu beschränken und vor allem dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in den Privatbetrieben gleichmäßig geschäftig und den staatlichen Betrieben Material und Arbeitskräfte nicht entzogen werden. Die Produktionsgenossenschaften sind besonders zu begünstigen. Das Dekret hebt eine Reihe von früheren Dekreten auf, die die Heimindustrie und das Genossenschaftswesen bisher regelten.

Theater der Woche.

Vom 5. bis 12. Juni.

Hoftheater. 5. Der Bauer als Millionär. 6. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. Die Fledermaus. 8. Die lange Nacht. 9. Die Fledermaus. 10. Die Fledermaus. 11. Die Fledermaus. 12. Die Fledermaus. 13. Die Fledermaus. 14. Die Fledermaus. 15. Die Fledermaus. 16. Die Fledermaus. 17. Die Fledermaus. 18. Die Fledermaus. 19. Die Fledermaus. 20. Die Fledermaus. 21. Die Fledermaus. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.

Deutsches Künstler-Theater: Hoftheater. 5. Der Bauer als Millionär. 6. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. Die Fledermaus. 8. Die lange Nacht. 9. Die Fledermaus. 10. Die Fledermaus. 11. Die Fledermaus. 12. Die Fledermaus. 13. Die Fledermaus. 14. Die Fledermaus. 15. Die Fledermaus. 16. Die Fledermaus. 17. Die Fledermaus. 18. Die Fledermaus. 19. Die Fledermaus. 20. Die Fledermaus. 21. Die Fledermaus. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.

Deutsches Künstler-Theater: Hoftheater. 5. Der Bauer als Millionär. 6. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. Die Fledermaus. 8. Die lange Nacht. 9. Die Fledermaus. 10. Die Fledermaus. 11. Die Fledermaus. 12. Die Fledermaus. 13. Die Fledermaus. 14. Die Fledermaus. 15. Die Fledermaus. 16. Die Fledermaus. 17. Die Fledermaus. 18. Die Fledermaus. 19. Die Fledermaus. 20. Die Fledermaus. 21. Die Fledermaus. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.

Gewinn-Auszug

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie 5. Klasse. 21. Ziehungstag. 3. Juni 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Oben Gewinn. Rechts verbleiben.

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

2 zu 50000 M 170245	
2 zu 20000 M 110528	
12 zu 5000 M 2029 7594 82401 210503 227125 230140	
73 zu 2000 M 1916 6554 18367 19043 33077 39359 37809 41839 46384	
54223 48628 49803 77081 81668 82074 87001 90393 107438 111447 116084	
120260 157277 162794 181492 184833 187672 182230 162590 170073 178874	
189272 191628 194769 197523 202513 205238 212684 234067 33759	
208 zu 1000 M 5535 7731 8214 8295 12628 127 9 140 3 16718 20660	
21176 25885 26718 27317 30210 31769 31919 36234 36134 40970 54287	
55480 57167 61876 62878 72877 73118 126253 127674 127684 1 9713 180200	
19978 91012 93004 102163 104197 107701 110018 111475 113180 113850	
114284 117146 119045 120878 121934 126253 127674 127684 1 9713 180200	
130100 134972 138350 141301 141403 142561 143908 146312 162164 165184	
168973 189760 189991 192883 193163 196215 197436 198281 199800 174347	
177870 178916 182405 182783 184144 188743 192008 194081 195722 195961	
196731 198225 199246 201501 202299 204307 205295 211447 211836 212178	
213272 214061 217046 219008 221149 224278 244475 234503 230048 232263	
232451 238511	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

10 zu 5000 M 16271 16375 118680 307044 208464	
86 zu 3000 M 7313 11837 18735 17415 22567 26108 33659 36641 42870 43748	
44522 47431 54112 57137 64544 66202 66263 67794 76394 80283 83847	
99042 100425 103333 107619 114751 118649 126640 128163 137964 142448	
142760 148176 150053 150903 156038 161672 164703 186716 187734 186696	
208691 221430	
104 zu 1000 M 14204 16442 20504 22021 22940 27676 28603 29697 35575	
36956 37788 38720 38861 39981 45597 46681 46386 49227 52447 64287	
69114 69219 69349 69404 69574 69104 69609 69086 11971 73746 74806	
74856 75279 75678 76381 77542 82908 84478 85088 85423 96716 98772	
97004 102608 102723 111841 118664 117585 119606 121019 129505 131054	
132178 135454 134479 138708 138890 139395 139119 139611 141476 142105	
158573 157782 162186 163023 165173 167810 167989 168676 171463 173261	
174823 175864 176013 179129 180635 181449 182710 183083 188153 187874	
187827 188942 191815 196762 207360 213861 214451 197268 197324 199785	
199820 200382 200570 200802 203419 203558 204195 207770 213615 214238	
214265 218148 217684 217697 218364 213352 225010 225540 227447 228434	
231992 236021 237115 237658 237682 23959	

Zähne v. 4 M. 3. Teilzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb an Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Ueber schlechtesten Gebisse, Rep. pol. Zahnarzt W o 11. Potsdamer Str. 33, Hochb. Sprechz. 9-7

Haemorrhoiden schwinden schnell und schmerzlos durch Myrobalanum, sich. bei ährl. äußerliche Anwendung. M. 10,00. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Parzellen in Eggenstedt, 15 Minuten vom Bahnhof Strassburg entfernt, zu verkaufen. Kühn & Co. Berlin, Potsdamer Str. 11. Surf. 2863

Möbelausgabe. Berufsberatung jeder Art. Einrichtungsplan zu jeder Preis. Orientierung. Wollgasse 121 V. 9-12-7

Monats-Anzüge Covercoats, Paletots, Raglans, Culaways, Koson Verkauf zu enorm billigen Preisen Auswahl wie in Friedenszeiten Keine Lombardware Leihhaus Brunnenstr. 5 Ankauf und Beilehung jeder Wertsache

Garderobe auf bequemste Teilzahlung HERREN - DAMEN - Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Sport-Paletots, Röcke, Kleider. Burschen-Anzüge Gute Ware - Solide Preise - Große Auswahl M. Beiser, Lothringer Str. 67

Ein Lassaile-Brevier in wundervoll. Auswahl u. Gruppierung das Beste aus Lassaile's Lebenswerk zusammengestellt. Das Buch ist zum Preise von Mk. 9,50 u. 20% zu haben in der Buchhdlg. Vorwärts Berlin, Lindenstr. 2

Metal-Bettstellen Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten, sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinderwagen werden schnellstens ausgeführt Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 33 Bitte Hausnummer beachten!

Geldschrank gebrauchten, feuerfest u. diebesicher, zu kaufen gesucht Preisangebote mit Größenangabe unter „O. 22“ an die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Svenska Ekonomiaktiebolaget Hauptstz: Stockholm Eigenvermögen: 5.000.000 schwed. Kronen Zweigabteilung: Berlin NW 7, Unter den Linden 68 a Telegrammadresse: Schwedenbank Berlin Fernsprecher: Zentrum 12611 und 1514